

Frage des Tages

Sollen junge Frauen auf eine Karriere in der Wirtschaft setzen?

Susanne Leutenegger Oberholzer rät jungen Frauen, auf eine Karriere in der Wirtschaft zu setzen. Hat sie recht? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Schadet Susanne Leutenegger Oberholzer ihrer Partei?



Frauen äussern Unverständnis über SLO-Worte

Die SP-Nationalrätin rät jungen Frauen, in der Wirtschaft Karriere zu machen, anstatt in die Politik zu gehen

Von Nina Jecker und Franziska Laur

Basel. «Einer jungen Frau würde ich heute empfehlen, mit einer guten Ausbildung auf einen Job in der Wirtschaft zu setzen, statt in die Politik zu gehen. Diese Aussagen von SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (oft SLO genannt) im *Sonntagsblick* stossen auf Unverständnis unter Politfrauen. Die Reaktionen:

Patricia von Falkenstein (LDP)

«Dann soll sie sich doch nicht mehr als Nationalrätin aufstellen lassen», entfährt es der Basler Grossrätin Patricia von Falkenstein. Gerade sie, die eine flotte, erfolgreiche Karriere durchlaufen habe, sage nun so etwas. «Sie soll doch ihre Erfahrung an die jungen Frauen weitergeben.» Und überhaupt: Eine politische Karriere verlaufe ja normalerweise parallel zu der beruflichen. «Frauen müssen ja zuerst einen Beruf und einen Bekanntheitsgrad haben, damit sie gewählt werden», sagt sie. Zur Aussage von Leutenegger Oberholzer, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei im politischen Alltag schwierig, sagt sie: «Natürlich ist es anstrengend, doch das ist bei Männern ja nicht anders.»

Daniela Schneeberger (FDP)

Nationalrätin Daniela Schneeberger haben die Worte von Susanne Leutenegger Oberholzer enttäuscht. «Ich sehe das überhaupt nicht so, Politik macht nach wie vor Freude – auch jungen Frauen», sagt sie. Gerade Leutenegger Oberholzer sei ja stets zuvorderst gestanden und habe junge Frauen zur Politik ermuntert – und das zu Recht. Klar müsse man gut organisiert sein, das merke sie auch mit ihrer Treuhand-Firma. Und einen breiten Rücken muss man in der Politik auch haben. «Doch gerade der Gegenwind in der Politik kann einen auch stärken – auch für die Karriere.»

Mirjam Ballmer (Grünes Bündnis)

«Susanne Leutenegger Oberholzer hat natürlich recht, dass die Politik teilweise rau ist und es jungen Frauen nicht leicht macht», sagt die Basler Grossrätin Mirjam Ballmer. Ich würde jungen Frauen deshalb aber nicht zu einer Wirtschaftskarriere raten.» Denn auch



Blick zurück. «Einer jungen Frau würde ich empfehlen, mit einer guten Ausbildung auf einen Job in der Wirtschaft zu setzen»: Susanne Leutenegger Oberholzer. Foto N. Pont

dort seien die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Karriere nach wie vor nicht so, wie sie sein müssten. Und das eine schliesse das andere nicht aus: «Wir brauchen überall junge Frauen, die für ihre Überzeugung und bessere Rahmenbedingungen kämpfen.»

Esther Maag (Grüne)

Viel Erfahrung in der Politik hat auch Esther Maag. Die frühere Landrätin hat sich kürzlich der neuen Partei Grüne-Unabhängige angeschlossen. «Natürlich, alles unter einen Hut zu bringen, braucht Managementqualitäten», sagt die zweifache, alleinerziehende Mutter. Neben ihrer politischen Tätigkeit sitzt sie auch in zwei Unternehmensleitungen. Im Gegensatz zu den anderen befragten Frauen sieht sie denn auch tatsächlich einen Unterschied von Frauen- und Männerkarrieren. «Männer haben meistens jeman-

den zu Hause, der beziehungsweise die ihnen den Rücken frei hält.» Bei Frauen sei dies seltener der Fall. Trotzdem möchte sie den Weg der politischen Mitwirkung nicht missen: «Doch man muss sich sehr Sorge geben dabei – und Prioritäten setzen.»

Tanja Soland (SP)

Die Basler Grossrätin Tanja Soland sieht auch Vorteile für Frauen in der Politik. «Als Frau ist es zwar schwierig, nicht belächelt zu werden und trotzdem nicht gleich als verbissen zu gelten. Man kann den Fakt, dass es weniger Frauen als Männer gibt in politischen Ämtern, auch für sich nutzen», sagt sie. Beispielsweise werde sie persönlich wohl häufig von Medien angefragt, weil noch eine Frauenstimme gefragt sei. Dass es in der Wirtschaft leichter sei für Frauen, glaubt Soland nicht. «In der Politik muss man nicht so viele Sprossen erklimmen wie bei einer Berufskarriere.

Man kann sich wählen lassen.» Soland hofft, dass sich junge Frauen von der Aussage von Leutenegger Oberholzer nicht abschrecken lassen. Dass gerade die SP-Nationalrätin, die politisch so viel erreicht habe, eine solche Aussage macht, finde sie schade.

Silvia Schenker (SP)

«Überrascht» hat der Rat zu Karriere statt Politik die basel-städtische Nationalrätin Silvia Schenker. Gerade, weil Leutenegger Oberholzer sich immer für Frauenförderung eingesetzt habe. Das Thema sei aber ein wichtiges – «und das nicht nur für Frauen». Auch Männer müssten viel organisieren, um Job und Politik unter einen Hut zu bringen. Für Sozialarbeiterin Schenker war es immer wichtig, beides zu haben. «Es ist nicht gut, wenn keine andere Option da ist und jemand quasi völlig abhängig vom politischen Amt ist. Schliesslich wird alle vier Jahre neu gewählt.» Bei jungen Nationalratskollegen und -kolleginnen frage sie sich schon manchmal, ob die auch ihre berufliche Zukunft nach dem Amt im Auge haben.

Myrta Stohler (SVP)

Die Baselbieter Landratspräsidentin Myrta Stohler ist ebenfalls erstaunt, dass gerade eine SP-Exponentin den Frauen ein Leben ohne Politik ans Herz legt. Stohler hat selbst im Alter von 40 Jahren angefangen zu politisieren und zieht eine ganz andere Bilanz. «Rückblickend denke ich, ich hätte gut auch früher damit beginnen können.» Die Frage «Job oder Amt» stelle sich jungen Frauen ausserdem noch gar nicht. «Da kann man ja von der Politik sowieso noch nicht leben. Nicht auf jede wartet auch ein Platz im Nationalrat.»

Samira Marti (Juso)

Eine andere Baselbieterin, die noch ganz am Anfang ihrer Politikkarriere steht, ist Samira Marti. Die 21-jährige Frau aus dem Baselbiet findet es zwar teilweise schwer, Studium, Beruf und Politik unter einen Hut zu bringen. «Für mich wäre das aber nie ein Grund, mit Politisieren aufzuhören.» Dass Leutenegger Oberholzer mit ihrer Aussage, das Thema aufgegriffen hat, finde sie aber gut.

Kommentar

Müdigkeit statt Kampfgeist

Von Alessandra Paone

Als 2013 Eric Nussbaumer von der Baselbieter SP zum Regierungskandidaten gekürt wurde, spie Susanne Leutenegger Oberholzer Gift und Galle gegen ihren Nationalratskollegen und die Parteileitung. Eine Frau hätte an dessen Stelle portiert werden müssen, klagte sie. Eine typische Reaktion der Feministin, die bei jeder Gelegenheit die Frauenfrage aufwirft, ungeachtet dessen, wem sie damit schadet. Umso mehr überrascht ihr Aufruf: Statt Politik zu machen, sollen junge Frauen lieber auf einen Job in der Wirtschaft setzen. Von jemandem, der soeben von seiner Partei für die Nationalratswahlen nominiert worden war, hätte man einen positiveren Auftritt erwarten dürfen. Immerhin haben sich die Delegierten kompromisslos hinter sie gestellt – trotz ihrem umstrittenen Alter und der Zweitwohnungs-Affäre, für die auch Genossen sie kritisiert hatten. Zeichneten einst Kampfgeist, Selbstvertrauen und Spitzzüngigkeit die Politikerin aus, wirkt sie nun vor allem müde und verbittert. Zu gross scheint der Groll darüber zu sein, nicht genügend für die harte Arbeit und die Erfolge honoriert worden zu sein – von ihrer Partei und den Medien. Ob die Wähler eine solche Haltung tolerieren, ist zweifelhaft. Wieso sollte man eine Frau wählen, die, wenn sie zurück könnte, die Finger von der Politik lassen würde? alessandra.paone@baz.ch

Bundesverwaltungsgericht muss Streit um Spitalkosten klären

Baselland hat Preise für Behandlungen im Kantonsspital gesetzeswidrig festgesetzt – fast alle regionalen Spitäler liegen im Tarifstreit

Von Joël Hoffmann

Liestal. Wie viel darf eine Blinddarmentoperation kosten? Wie viel eine Tumorbildung? Den Grundpreis für stationäre Behandlungen, die Baserate, müssen Spitäler mit den Krankenkassen

verhandeln. Das Spital möchte eher eine hohe und die Krankenkasse eher eine kleine Baserate. Können sich die beiden Parteien nicht einigen, dann tritt der Kanton auf den Plan und setzt eine Baserate fest. So geschehen zwischen Kantonsspital Baselland (KSBL) und dem Krankenkassenverbund Tarifsuisse. Die Baselbieter Regierung setzte für die Jahre 2012 und 2013 eine Baserate fest, Tarifsuisse ging vor Bundesverwaltungsgericht und dieses urteilte, dass die vom Kanton festgesetzte Baserate nicht dem Gesetz entspricht. Gemäss *Schweiz am Sonntag*, welche das Urteil publik gemacht hat, kommen möglicherweise Rückforderungen in Millionenhöhe auf das staatliche Spital zu, welches trotz dieser Gefahr keine Rückstellungen getätigt habe.

Mit Genugtuung nimmt Tarifsuisse das Urteil zur Kenntnis: «Der Kanton hat das neue Gesetz nicht umgesetzt.» Konkret bedeutet dies, dass er seine Arbeit nicht getan, sondern die Baserate des anderen Kassen-Vertreters HSK übernommen hat. Die Krankenversicherer sprechen nämlich nicht mit einer Stimme. Mit der HSK hat sich das KSBL auf just jene Baserate geeinigt, die der Regierungsrat später für Tarifsuisse festgesetzt hat. Dies ist einfacher, als auf der Basis eines umfassenden Vergleichs mit anderen Spitalern eine Baserate festzusetzen, die den rechtlichen Vorgaben gerecht wird. Das Bundesverwaltungsgericht kritisiert den Kanton

dahingehend deutlich. Der Regierungsrat «hat nicht die benchmarking-relevanten Betriebskosten und die schweregradbereinigten Fallkosten des KSBL ermittelt, um anschliessend ein Benchmarking durchzuführen», kritisiert das Gericht den mangelhaften Vergleich.

Ungewisse Zukunft

«Das Urteil sagt nichts darüber aus, ob die Baserate zu hoch oder zu tief ist», sagt Urs Knecht vom Amt für Gesundheit. Tatsächlich hat sich das Gericht inhaltlich nicht geäussert. Der vom Kanton festgesetzte Tarif wird zwar aufgehoben, doch der Kanton muss nun doch die Arbeit auf sich nehmen und einen neuen, gesetzeskonformen Tarif festsetzen. Ob die neue Baserate für die Jahre 2012 und 2013 also höher oder tiefer ist als bisher, muss der Regierungsrat entscheiden. Es sei denn, Tarifsuisse und das KSBL finden sich.

Doch während der Krankenversicherer Gesprächsbereitschaft signalisiert, zeigt sich das KSBL hart. Man habe aufgrund anderer Urteile in anderen Kantonen mit dem aktuellen Urteil gerechnet. Auf Rückstellungen, um mögliche Rückforderungen bezahlen zu können, wird das KSBL verzichten. «Wir gehen weiterhin davon aus, dass die Tarife auch bei einem Tariffestsetzungsverfahren auf objektiven und betriebswirtschaftlichen Datengrundlagen basieren müssen. In diesem Zusammenhang hat sich die Position

des KSBL – durchaus auch auf der Basis der mit den anderen Versicherern abgeschlossenen Tarife – diesbezüglich nicht geändert. Und weil dazu keine neuen Erkenntnisse vorliegen, besteht für das KSBL auch keine neue Grundlage, in diesem Zusammenhang Rückstellungen zu bilden», teilt KSBL-CEO Jürg Aebi mit.

Beim Kanton geht man nicht davon aus, dass fehlende Rückstellungen das KSBL gefährden könnten. Auch allfällige Verluste sollten nicht einst vom Steuerzahler berappt werden müssen: «Es gibt keinen Mechanismus, der bei einem Verlust des Kantonsspitals direkte Zahlungen vom Kanton vorzieht», versichert Knecht.

Ursprünglich wollte das KSBL für 2012 eine Baserate von 10564 Franken – das Uni-Spital liegt tiefer. Tarifsuisse hingegen hielt 8635 Franken für angemessen. Aktuell liegt der vom Kanton provisorisch festgelegte Tarif bei 10100 Franken (Uni-Spital: 10350 Franken). Eine tiefere Baserate würde die Kantonsfinanzen entlasten, denn der Kanton bezahlt 55 Prozent der Baserate, die Versicherung 45 Prozent.

Weder schweizweit noch regional ist das KSBL ein Einzelfall. Auch die Psychiatrie Baselland hat einen Streit mit Tarifsuisse vor dem Bundesverwaltungsgericht. Ebenso das Uni-Kinderspital bei der Basel sowie die Merian-Iselin-Klinik. Sistierte oder noch nicht genehmigt sind die Baserate der Schmerzklinik, des

Adullam- und des Felix-Platter-Spitals. Die Konfliktparteien sind sich einig, dass diese juristische Querelen normal seien, weil das neue System mit Baserate erst gut drei Jahre alt ist und Unklarheiten nach und nach per Gerichtsentscheid geklärt werden.

ANZEIGE

Sony Center
EURO SALE
SPRING SALE
bis zu **50%**
Sony Center Basel Butiker AG
Barfusserplatz 20 4051 Basel

ANZEIGE

Konferenzräume
Am Aeschenvorstadt, 3 Minuten zu Fuss vom Bahnhof.
Für 2 – 24 Personen. Auch für Video-Konferenzen.
Aeschenvorstadt 71
061 225 44 44
basel@obc-suisse.ch
obc-suisse.ch
OBC Suisse